

PRESSEMITTEILUNG

05. Mai 2015

Landauer Wahlprüfsteine:

Vier von fünf OB-Kandidaten haben geliefert

Hirsch, Ingenthron, Hartmann und Migl haben geantwortet

Als überparteiliche, aber kritische Umweltorganisation wollte die BUND-Kreisgruppe Südpfalz mit 13 Wahlprüfsteinen ermitteln, wieviel Aussagekonkretheit, Nachhaltigkeit, visionäre Kraft, Zukunftsfähigkeit und somit Realitätsbewusstsein in den politischen Programmen der Kandidierenden zur Landauer OB-Wahl steckt. Hinsichtlich dieser Prämissen sind bemerkenswerte Unterschiede zwischen den zügig eingegangenen Antworten zu erkennen. Die Kreisgruppe verzichtet grundsätzlich auf eine Wahlempfehlung und verlässt sich lieber auf die Urteilskraft der Bürger. Zusätzlich zu diesem Bericht wird der volle Wortlaut der eingegangenen Wahlaussagen ins Internet gestellt werden (<http://suedpfalz.bund-rlp.de>).

Herauszustellen ist zunächst eine wichtige **Gemeinsamkeit**: Weitgehende Einigkeit besteht in der **Ablehnung eines vierspurigen Ausbaus der B 10**. So schreibt Maximilian Ingenthron: „Mein Ziel war, ist und bleibt es, den durchgängigen vierspurigen Ausbau der B 10 zu verhindern“. Alle wollen den Landauern den Horror eines weiter zunehmenden Schwerlastverkehrs im Europatransit ersparen. Besonders detailliert besteht Lukas Hartmann auf Lärmmessungen, einer eigenen Verkehrszählung und stationärer Geschwindigkeitskontrolle. Gertraud Migl betont ihre Mitgliedschaft in den beiden BI's gegen den B 10-Ausbau. Und Thomas Hirsch wendet sich gegen die ein Verkehrschaos auslösende „Salamitaktik“ der Planer, lässt aber offen, ob seine Ablehnung sich mit der geforderten Tunnellösung bei Annweiler erledigt hat.

Zum Thema **Energiewende gemäß „Energiekonzept Südpfalz“** beschränkt sich Thomas Hirsch weitgehend auf Hinweise zu bisher positiv Geleistetem. Demgegenüber verlangt G. Migl, dass in der Sonnenregion Südpfalz durch Fotovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden die Ausbaurate erhöht und dadurch die Vorbildwirkung für gewerbliche Anlagen und privaten Hausbesitz merklich verstärkt wird. In geicher Intention lehnt Ingenthron Einschränkungen für Fotovoltaik

aus gestalterischen Gründen ab. Hartmann will ähnlich der „Landauer Erklärung“ eine Initiative für Windkraftanlagen in der Ebene. Er möchte, dass bei der energetischen Sanierung von Schulen und Wohnbaubestand die jährliche Sanierungsquote auf über drei Prozent des Gebäudebestandes erhöht wird. Für ihn könne nur durch Energieeinsparung das Ziel 100 Prozent Erneuerbare erreicht werden, was besonders über die Aufklärungsarbeit der Energieagentur zu erreichen sei.

Hinsichtlich der Zukunft der **Müllverbrennungsanlage**, die den Bürgern Landaus zusammen mit allen Bürgern im Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) die höchsten Müllgebühren im Land beschert hat, scheiden sich schon eher die Geister: Bei Ingenthron heißt es „Es ist zu prüfen . . .“ oder „Eine Vorabfestlegung sehe ich nicht als zielführend an“. Hirsch spricht von einer „Zwangsbeteiligung“ der Stadt Landau an der Anlage in Pirmasens und erwartet eine „Entscheidungsgrundlage“ durch derzeit untersuchte „Szenarien“. Migl schreibt lapidar dazu: „Eine Rekommunalisierung und die Auflösung des Zweckverbandes ist mein Ziel“. Und mit gleicher Stoßrichtung meint der Kandidat der Grünen: „Wir müssen uns von dieser völlig überdimensionierten Anlage trennen und eine kleine, effiziente Alternative schaffen“.

Kaum zur Deckung zu bringen sind die Aussagen der einzelnen Bewerber zu **Flächenverbrauch, Bauland und Gewerbeansiedlung**. So betont Hirsch, wie ökologisch man bisher bei Gewerbeansiedlung vorgegangen sei; die Firma Michelin soll sich erweitern dürfen. Leider nur sehr allgemein vertritt Hirsch den vom BUND favorisierten Standpunkt „Innenentwicklung vor Außenentwicklung!“ Mit dem „Schließen von Baulücken“ und „akzeptabler Verdichtung“ wird Ingenthron etwas konkreter und gibt wie Hirsch der Besiedlung des Wohnparks am Ebenberg Vorrang. G. Migl meint, dass bei Gewerbeansiedlung ein viel zu großer Flächenvorrat eingeräumt werde; deshalb sei auch die Michelin-Erweiterung auf natursensibler Fläche abzulehnen. Wie Hartmann will sie Mehrgeschossigkeit und Mehrfamilienhäuser wegen des flächen- und energiesparenden Effekts. So sieht Hartmann für die Zukunft des Wohnbaus in Landau drei Stufen: Zunächst ausgiebige Nutzung der Konversionsflächen, nach deren vollständiger Bebauung Nachverdichtung im Innenbereich und wenn nötig in einer späteren Phase eine Mischung aus Gewerbe- und Wohnbebauung für soziale Durchmischung und kurze Wege zum Arbeitsplatz. Der hohe Flächenverbrauch für Gewerbe erkläre sich auch durch Abwerbung aus den Landkreisen und dem damit verbundenen steuerlichen Unterbietungswettbewerb.

Außer Hirsch, der darin eine Entlastungsstraße sieht, lehnen alle eindeutig eine **Südtangente** ab.

Zur Weiterentwicklung des **Schieneverkehrs** ist von Hirsch, der sich mit der bisherigen Entwicklung zufrieden zeigt, nur zu hören, dass er Güterverkehr auf der Schiene ablehnt. Den Lastenausgleich zwischen Schiene und Straße zugunsten der Anwohner an Fernstraßen wie der B 10 sieht er wohl nicht. Trotz des BUND-Hinweises, dass Kommunen durchaus Einfluss auf die Zukunft des Schienenverkehrs nehmen können, glaubt er nicht wie die anderen Mitbewerber an die mittelfristige Realisierbarkeit einer S-Bahn-Anbindung Landaus sowie eine durchgängige Elektrifizierung und Zweigleisigkeit der Strecke Neustadt – Landau – Karlsruhe. Ingenthron denkt nicht nur an zusätzliche Haltepunkte an der „Filmwelt“ und bei der

Kreisverwaltung, er will auch eine Reaktivierung der Bahnstrecke nach Germersheim.

Während Hirsch für den **innerstädtischen Verkehr** an einem integrativen Verkehrskonzept arbeitet und sich dabei weitgehend mit Ingenthron einig ist, denkt Hartmann zuerst an eine „grüne Welle mit Tempo 40 auf den Hauptverkehrsachsen“ und eine „angemessene Mischung aller Mobilitätsarten“. Administrative Voraussetzung hierfür wäre die Verschmelzung von Mobilitätsabteilung, Tiefbau und Umweltdezernat zu einem „Mobilitäts- und Umweltdezernat“. Einen „Paradigmenwechsel“ anderer Art verspricht Ingenthron; für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit möchte er vom Land die Möglichkeit einer wirkungsvollen Kontrolle des fließenden Verkehrs erreichen.

Alle stimmen darin überein, dass das **Projekt Bürgerbeteiligung, der „Landauer Weg“**, durchgesetzt werden muss, als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie; „Bürgerbeteiligung nervt nicht“ (Hartmann).

Für die Erhaltung des Hauses **„Zum Maulbeerbaum“** machen sich lediglich Migl und Hartmann stark. Und die **Festung Landau** könne durchaus als „touristischer Trumpf“ ausgespielt werden. Im BUND denkt man dabei an die glanzvollen Sanierungsleistungen der Vauban-Stadt Saarlouis. Zum Thema Festung verweisen Hirsch und Ingenthron auf augenblicklich laufende Beratungen mit dem Ziel eines „integrativen Konzeptes“.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz.